Exmo Sr. Luis Inácio Lula da Silva Presidente da República Palácio do Planalto BRASÍLIA - DF - 70.150-900 - Brasilien

## Sehr geehrter Herr Präsident,

mit der internationalen Gemeinschaft erheben wir unsere Stimme für die endgültige Abschaffung der Sklaverei in Brasilien. Immer noch trifft die menschenverachtende Praxis der Schuldsklaverei den wehrlosesten Teil der brasilianischen Landbevölkerung. In Brasilien wurden innerhalb der letzten 11 Jahre 20.000 Sklavenarbeiter befreit: sie wurden ausgebeutet beim Abholzen der Regenwälder, in der Weidewirtschaft, bei der Holzkohleproduktion für die Metallindustrie, oder im modernen "Agrobusiness". Jedes Jahr werden an die 250 Fälle aufgedeckt, in die weitere 8000 Landarbeiter verstrickt sind und die in manchen Jahren bis zu 40.000 Menschen betreffen.

Seit 1995, und verstärkt seit Ihrem Amtsantritt, gibt es Bemühungen, diese schändliche Realität endlich zu überwinden, aber bisher ohne nennenswerten

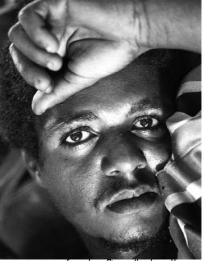


foto: João Ripper/Imahens Humanas

Erfolg. In diesen Jahren wurden mehr als 600 Farmbesitzer in flagranti als Sklavenausbeuter überführt, aber kein einziger davon ist in Haft, auf keiner Farm wurde jemals Land vom Staat beschlagnahmt, und hoch ist die Zahl der immer neu rückfälligen Sklavenausbeuter (trotz aller neuen Maßnahmen der Arbeitsgerichte, und trotz der "Anklage-Liste", mit der Ihre Regierung die sklavenhaltenden Großgrundbesitzer öffentlich beim Namen nennt).

In unseren Augen ist die brasilianische Regierung ihren Verpflichtungen nicht ausreichend nachgekommen, die sie eingegangen war gegenüber dem eigenen Land (Nationaler Plan zur Ausrottung der Sklaverei von 2003) und vor der internationalen Öffentlichkeit (Vereinbarungen mit der OIT und der UNO, Vertrag OEA im Falle José Pereira).

Daher wenden wir uns an Sie, damit Sie gemeinsam mit uns und in größter Dringlichkeit fordern:

- vom Parlament: es möge einem Verfassungszusatz zustimmen, damit Grundbesitz, auf dem Sklaverei praktiziert wird, gesetzlich beschlagnahmt werden und der Landreform zugeführt werden kann; ebenso möge das Parlament über weitere Gesetzesvorschläge dieser Art beraten
- von der Justiz: eine rasche Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (STF) über die juristische Zuständigkeit bei kriminellen Vergehen gegen das Arbeitsrecht und bei Sklaverei, um die endlosen Kompetenzstreitigkeiten zu beenden zwischen der Bundesjustiz (die laut Verfassung dafür zuständig ist) und den regionalen Justizbehörden (denen eine solche Kompetenz zu Unrecht immer noch zugeschoben wird). Diese Rechtsunsicherheit verschafft den Tätern permanente Straffreiheit.

Ebenso sollte das Oberste Bundesgericht umgehend das verfassungsmäßig garantierte Prinzip der Enteignung von Grundbesitz bestätigen für den Fall grober Verletzung der sozialen Verantwortung durch den Eigentümer – wie im Präzedenzfall der Fazenda Cabaceiras in Pará (mit massiven Verstößen gegen das Arbeitsrecht und den Umweltschutz).

- von Ihrer Regierung: die Durchsetzung der obengenannten Punkte, und vor allem energische Maßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, für eine umfassende Landreform und für den Schutz der Bauernbevölkerung. Oberste Priorität muß hier die gesicherte Ernährung haben, ebenso die soziale Integration und der Schutz der Menschenwürde.

In Zusammenarbeit mit Ihrem Land und der internationalen Gemeinschaft werden wir weiterhin alle im Kampf gegen die Sklaverei engagierten Menschen unterstützen, Unrecht öffentlich anprangern und für wirklich effektive Veränderungen eintreten.

Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit den modernen Sklavenhaltern und ihren Komplizen ab, und wir werden kein einziges ihrer Produkte kaufen oder auf unseren Märkten akzeptieren.

Hochachtungsvoll

Ort Datum vollständiger Name

Kirchliche Landpastoral Brasiliens (CPT) - Caritas - Migrantenseelsorge - Reporter Brasil - - CEJIL Kommission für Menschenrechte Açailândia MA & Araguaína TO - AATR , Landpastoral & Sintagro BA

AUGEN AUF UM NICHT SKLAVE ZU WERDEN! Kampagne gegen Sklavenarbeit in Brasilien